

Katalytische Industriepolitik *in concordia varietas*

Mario Holzner

Mario Holzner, wiiw, Wien

Eine katalytische Industriepolitik (Catalytic Industrial Policy – CIP) muss grüne, digitale und soziale Ziele gleichzeitig vorantreiben, um erfolgreich zu sein. Investitionen müssen strategisch gelenkt und breit wirksam sein – etwa durch den Einsatz von Konditionalitäten. Eine wirksame CIP erfordert eine kontinuierliche Überwachung anhand sorgfältig ausgewählter Ergebnisindikatoren, insbesondere solcher, die Wechselwirkungen zwischen Politikbereichen sichtbar machen. Ein mutiges Beispiel für eine CIP wäre ein paneuropäisches Investitionsprogramm in nachhaltigen öffentlichen Wohnbau, das Dekarbonisierung, Digitalisierung und soziale Inklusion unterstützt – und damit tiefgreifenden Strukturwandel legitimiert.*

1. Einleitung

Die bisherige Industriepolitik der EU setzte vorrangig auf Effizienz und Marktintegration. Doch jüngste Krisen – etwa 9/11, die globale Finanzkrise, Brexit, COVID-19 und Russlands Krieg gegen die Ukraine – haben die Verwundbarkeit dieses Ansatzes offengelegt. Diese Schocks, zusammen mit steigenden Lebenshaltungskosten, geopolitischen Spannungen und Klimarisiken, haben das Thema Sicherheit – sozial, energiebezogen, klimabezogen und mehr – wieder in den Mittelpunkt gerückt.

Hinterfragt wird beispielsweise territoriale Ungleichheit (Rodríguez-Pose, 2018). Ereignisse wie der Brexit zeigen die langfristige Vernachlässigung wirtschaftlich abgehangener Regionen – sowohl im Vereinigten Königreich als auch in der EU.

Dieser Essay plädiert für eine katalytische Industriepolitik (Catalytic Industrial Policy – CIP), die gleichzeitig grüne, digitale und soziale Ziele verfolgt, um deren Verwirklichung zu beschleunigen. Inspiriert von früheren Transformationen – etwa dem postkommunistischen Wandel in Osteuropa – soll eine CIP ökonomische, soziale und politische Dimensionen miteinander verbinden.

Vorgeschlagen wird ein Set von Ergebnisindikatoren, das über herkömmliche Kennzahlen hinausgeht und Wechselwirkungen zwischen Politikfeldern sichtbar macht – insbesondere zur Messung demokratischer Legitimation und politischer Wirksamkeit. Eine transparente, evidenzbasierte Bewertung ist entscheidend, damit Industriepolitik tatsächlich eine grundlegende Veränderung herbeiführen kann.

Zur Kontinuität und Vergleichbarkeit sollten CIP-Indikatoren einerseits an bestehende industriepolitische Indikatoren der EU anschließen, aber andererseits auch um neue Indikatoren ergänzt werden, die breitere Ziele abbilden – wie Vertrauen in die Demokratie (Morelli et al., 2022) oder das nordische Modell inklusiven Wohlstands (Sandbu, 2020). Die Auswahl der Indikatoren folgt einem Modell wechselseitiger Abhängigkeiten zwischen ökologischer Transformation, technologischer Innovation und demokratischer Legitimation – wobei sich alle drei Bereiche gegenseitig beeinflussen.

Die Indikatoren müssen für den jeweiligen Bereich relevant sein, aber auch für die beiden anderen Berei-

* Der diesem Essay zugrunde liegende Forschungsbericht (Holzner, 2024) wurde im Rahmen des wirtschaftspolitischen Beratungsprogramms der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (DG GROW) der Europäischen Kommission – im Rahmen des DG GROW Fellowship-Programms 2023 – verfasst. Die darin geäußerten Meinungen geben ausschließlich die Auffassung des Autors wieder und sind nicht als offizielle Position der Europäischen Kommission zu verstehen. Der Autor dankt dem Chefökonom von DG GROW, Román Arjona, sowie seinem Team – Josefina Monteagudo, Frank Vandermeeren und Stefano Vannini – sowie allen Fellows des DG GROW Jahrgangs 2023 für ihre wertvollen Hinweise und Anregungen. Wichtige Kommentare und Empfehlungen kamen zudem von Francesca Guadagno, Dario Guarascio, Michael Landesmann, Roman Römisch und Bernhard Schütz. Die Übersetzung und Kürzung des Textes erfolgte mit Unterstützung von ChatGPT.

che; jeder Indikator muss über Zeit und Raum hinweg verfügbar sein; er muss entweder auf der Einbeziehung verwandter Indikatoren aus früheren Erhebungen beruhen oder auf einer bewussten Entscheidung, einen untypischen Indikator darzustellen; Indikatoren sollten wenn möglich auch in disaggregierter Form dargestellt werden (z.B. in ihren regionalen, sektoralen oder geschlechtsspezifischen Dimensionen) und schließlich sollten die Indikatoren mit den übergeordneten industriepolitisch relevanten Zielen der EU in Verbindung stehen, die in Artikel 3 des EU-Vertrages und Artikel 173 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU festgelegt sind. Sie müssen zudem SMART (specific, measurable, achievable, reasonable, time-bound) sein, also spezifisch, messbar, erreichbar, relevant und zeitgebunden, insbesondere im Hinblick auf die Operationalisierung eines konkreten Programms.

2. Indikatoren

Die im Weiteren als mögliche Beispiele vorgeschlagenen Indikatoren beruhen auf diesen pragmatischen Auswahlkriterien nach Holzner (2024) und zielen darauf ab, die EU zu einem attraktiveren, nachhaltigeren und inklusiveren Wirtschaftsraum für grüne und digitale Unternehmen zu machen:

- *Demokratische Legitimität*: Medianeinkommen nach Urbanisierungsgrad, Vertrauen in die Regierung und das durchschnittliche Alter, in dem junge Menschen das Elternhaus verlassen.
- *Technologische Transformation*: Veränderung des Roboterbestands, Absolvent:innen in Naturwissenschaften und Technik nach Geschlecht sowie die Beteiligung von KMU am E-Commerce.
- *Ökologische Transformation*: Dichte der Stromnetze (Hoch-/Niederspannung), Öko-Innovationspatente und CO₂-Emissionen im Wohnsektor pro Kopf.

In den nächsten Abschnitten soll näher auf die ausgewählten Indikatoren eingegangen werden.

2.1. Ein besseres Leben als Grundlage für demokratisch legitimierten Strukturwandel

Die folgenden drei Statistiken sollen als Beispiele für Ergebnisindikatoren einer katalytischen Industriepolitik im Bereich des Sozialen dienen, die (von Morelli et al., 2022 inspiriert) dazu geeignet sind, den grünen und digitalen Strukturwandel demokratisch zu legitimieren und damit wahrscheinlicher zu machen.

Das *Medianäquivalenzeinkommen* (in Kaufkraftstandards, KKS), aufgeschlüsselt nach Urbanisierungsgrad (Eurostat), bildet die materiellen Lebensverhältnisse in unterschiedlichen Regionen ab. In der EU und im Euroraum liegt das mittlere verfügbare Einkommen in Städten Anfang der 2020er Jahre bei rund 20.000 KKS, in ländlichen Gebieten etwa 5–10 % niedriger. Aber diese Lücke schließt sich zunehmend – beispielsweise durch Binnenmigration in urbane Räume. Die Einkommen in Städten sind in den letzten 15 Jahren im Euroraum jährlich um etwa 2 % gewachsen.

In der Schweiz betragen die Einkommen etwa 27.000 KKS, stagnieren aber seit 2015. Im Vereinigten Königreich liegen die ländlichen Einkommen etwas über den städtischen, doch ohne London würde sich ein deutlich niedrigeres Einkommensniveau in den verarmten Städten Nordenglands zeigen. 2018 lagen die Einkommen noch unter dem Niveau von 2007, was auf wirtschaftliche Stagnation hinweist – ein möglicher Treiber der Brexit-Unzufriedenheit.

Im Schnitt der Jahre 2018–2022 betrugen die mittleren städtischen Einkommen in Ost- und Südeuropa bis zu 10.000–17.000 KKS, in Nord- und Westeuropa 20.000–23.000 KKS. Das Einkommenswachstum im Vergleich zwischen den Durchschnitten der Zeiträume 2013–2017 und 2018–2022 reichte von Stagnation in der Slowakei bis zu 80 % Zuwachs in Rumänien. Einzig in Frankreich sanken die Einkommen. Die sinkenden Einkommen waren einer der möglichen Treiber für die sogenannten Gelbwesten-Proteste in Frankreich 2018–2019.

Das *Vertrauen in Regierungen* (Eurobarometer), ein zentraler Faktor für die Legitimität von Strukturreformen, ist EU-weit rückläufig – insbesondere in nationalen Regierungen. Zwischen 2018 und 2023 fiel das Vertrauen beispielsweise in Schweden um 40 %. Schweden gehört im Übrigen zu den EU-Mitgliedstaaten mit den enttäuschendsten Entwicklungen beim mittleren verfügbaren Einkommen. In Ländern mit ohnehin niedrigem Niveau fiel das Vertrauen besonders in der Slowakei weiter ab. Im Schnitt vertraut nur noch ein Drittel der EU-Bürger:innen ihrer Regierung.

Ein weiterer Indikator für politische Legitimität ist das *Durchschnittsalter beim Auszug junger Menschen aus dem Elternhaus* (Eurostat) – ein Maß für Autonomie. In der EU liegt es 2022 bei 26 Jahren, mit einer Bandbreite von 21 Jahren in Schweden und Dänemark bis zu 33 Jahren in Kroatien – ein Hinweis auf gravierende Wohnungsmarktp Probleme und die geringe Leistbarkeit von

Wohnraum für junge Menschen. Zwischen 2017 und 2022 stieg das Alter in vielen Ländern – besonders in Luxemburg, Belgien und Kroatien. Junge Männer ziehen im Schnitt ein Jahr später aus, in Bulgarien und Rumänien sogar zwei Jahre später als der EU-Durchschnitt.

Angesichts der höheren Radikalisierungsgefahr junger Männer und ihrer überdurchschnittlichen Präsenz in MINT-Fächern ist es essenziell, das Alter beim Haushaltsauszug zu senken und geschlechtsspezifische Unterschiede zu verringern. Junge Menschen, welche die Perspektive haben, rasch ein selbstbestimmtes Leben beginnen zu können, können sich besser in Ausbildung und Beruf als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft beweisen und produktiv entfalten. Staaten mit ausgeprägter Wohnraumkrise weisen häufig geringes Vertrauen in die Regierung auf. Öffentliche Wohnbauinitiativen und ein gerechter, flexibler Mietmarkt, insbesondere in Städten, könnten die Legitimität von Strukturwandel stärken, die digitale Transformation durch moderne Wohnbauten mit guter Infrastruktur fördern und zur ökologischen Wende durch neue, energieeffiziente Bauweisen beitragen – und damit positive Rückkopplungseffekte im Sinne einer katalytischen Industriepolitik auslösen.

2.2. Die technologische Transformation meistern durch den Aufbau einer innovativen Industrie

Die drei Ergebnisindikatoren im Bereich Technologie sollen neben einer fortschreitenden Digitalisierung auch die Entwicklung der Grundlagen einer innovativen Industrie über den Weg der kombinierten Automatisierung und Qualifizierung wie von Sandbu (2020) gefordert darstellen.

Aufgrund des demografischen Wandels und des Bedarfs an Qualifizierungsmaßnahmen ist Automatisierung, insbesondere in geringqualifizierten Branchen, unverzichtbar. Ein wichtiges Maß ist die *Anzahl der Roboter* pro 1.000 Beschäftigten (International Federation of Robotics). Im Jahr 2021 hatte die EU etwa drei Roboter pro 1.000 Arbeiter, damit lag sie vor dem Vereinigten Königreich, den USA und der Schweiz, aber hinter Japan. Zwischen 2016 und 2021 stieg der Roboterbestand in der EU um 36 %.

Die Roboterdichte variiert innerhalb der EU stark. Deutschland führt und übertrifft sogar Japan. Slowenien hat seinen Bestand verdoppelt und liegt nun vor Tschechien und Italien, während die osteuropäischen EU-Staaten das schnellste Wachstum verzeichnen, was

einen Wandel von arbeitsintensiven Tätigkeiten hin zu Automatisierung und kapitalintensiven Tätigkeiten widerspiegelt. Wenn man Roboter in der Automobilindustrie ausklammert, führt Italien vor Deutschland, gefolgt von Slowenien, Dänemark, Österreich und Schweden. Die osteuropäischen Länder liegen zwar noch zurück, zeigen aber eine starke Dynamik.

Neben der Automatisierung ist das Angebot an qualifizierten Fachkräften entscheidend. Bis 2019 gab es in der EU fast 21 *Absolvent:innen aus Naturwissenschaften und Technik* pro 1.000 Personen im Alter von 20–29 Jahren (Europäische Kommission, Digital Scoreboard), ein Anstieg um 2 Prozentpunkte seit 2014. Bei Frauen war der Anstieg mit 1 Prozentpunkt um die Hälfte geringer. Während die EU deutlich vor Norwegen liegt, bleibt sie hinter dem Vereinigten Königreich zurück, wobei Irland und Frankreich besser abschneiden. Irland verzeichnete einen Anstieg um insgesamt 50 % und hat die Anzahl an weiblichen Absolventinnen nahezu verdoppelt. Dies weist auf die Wichtigkeit hin, Mädchen für die MINT-Fächer zu begeistern.

Der Fortschritt hängt jedoch auch von der *Beteiligung der Unternehmen* ab. Im Jahr 2022 verkauften nur 19 % der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der EU online (Europäische Kommission, Digital Economy and Society Index dashboard) – ein Anstieg von lediglich 2 Prozentpunkten seit 2017. Der Anteil ist besonders niedrig in Ost- und Südeuropa. Irland, Schweden und Dänemark führen mit über einem Drittel der KMU, die online verkaufen. Länder wie Malta, Kroatien und Litauen haben ebenfalls jüngst Fortschritte erzielt.

Besorgniserregend ist, dass Frankreich und Deutschland zurückgefallen sind und auf oder unter dem EU-Durchschnitt liegen. Dies unterstreicht sowohl das Potenzial für Sprunginnovationen, welche neue Märkte schaffen, als auch deren langsames Tempo der digitalen Transformation. Die Digitalisierung von KMU unterstützt nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit von Betrieb und Volkswirtschaft, sondern auch den ökologischen Wandel und die demokratische Legitimität – einerseits durch nachhaltigere Produktionsprozesse und Konsumgewohnheiten sowie Kreislaufwirtschaft und andererseits durch geringeren Preisdruck auf (Gewerbe-) Immobilienmärkte und verbesserte Lebensbedingungen durch mehr Teleworking und E-commerce. Sie spielt eine katalytische Rolle bei der Vereinbarung der grünen, digitalen und sozialen Dimensionen der Transformation.

2.3. Die ökologische Transformation meistern und Europas grüne Industrie stärken

Schließlich folgen drei Beispiele für ökologische Ergebnisindikatoren, die einerseits die infrastrukturellen Grundlagen der ökologischen Wende, aber auch grüne Innovation und sektorale Quellen der Treibhausgasemissionen ansprechen sollen. Verbesserungen in diesen Bereichen haben das Potenzial, unter anderem die grüne Industrie zu stärken.

Ein wichtiger Indikator für die ökologische Transformation mit technologischer und politischer Relevanz ist die *Dichte der Hochspannungsleitungen* (ENTSO-E, Eurostat, nationale Quellen), die notwendig sind, um Wind- und Solarenergiequellen europaweit zu verbinden. Ein stabiles Stromnetz kann die Stromkosten senken – entscheidend für die technologische Transformation – doch der Netzausbau stößt auf öffentlichen Widerstand und regulatorische Hürden.

Die meisten EU-Länder verfügen über 30–40 km Hochspannungsleitungen pro 1.000 km², wobei Deutschland und die Niederlande bei 60 km liegen und das Vereinigte Königreich mit 80 km führt. Zwischen 2016 und 2021 verzeichneten nur wenige Länder – insbesondere Irland, die Slowakei und Polen – ein signifikantes Wachstum, meist von niedrigen Ausgangsniveaus aus. Auch die Niederspannungsnetze, die für dezentrale grüne Energie essentiell sind, weisen ähnliche Lücken auf. Die EU liegt vor dem Vereinigten Königreich, aber hinter der Schweiz. Länder wie Italien, die Niederlande und Österreich führen mit etwa 180 km pro 1.000 km², während der Durchschnitt der meisten Länder bei 60 km liegt. Nur Luxemburg hat kürzlich ausgebaut; das deutsche Netz schrumpfte hingegen um 14 %, was auf bedeutende Infrastrukturdefizite hinweist.

Ein zweiter wichtiger Indikator sind *Öko-Innovationspatente* pro Million Einwohner (EU Eco-Innovation Scoreboard). Beim Durchschnitt der Jahre 2013–2017 im Vergleich zum Durchschnitt 2018–2022 sank der EU-Wert von knapp 100 auf etwas über 90. Nur Malta, Polen, die Slowakei und Estland verzeichneten Zuwächse – wenn auch von niedrigem Niveau – was auf eine generelle Stagnation oder Reife der grünen Innovation hindeutet.

Gebäude verursachen über ein Drittel der energiebedingten Treibhausgasemissionen der EU. Trotz Verbesserungen bei der Energieeffizienz sind die Emissionsreduktionen zu langsam, um die Ziele für 2030 zu erreichen. Wärmepumpen helfen zwar, die Heizung zu dekarbonisieren, erhöhen aber den Strombedarf – der durch sauberen Strom gedeckt werden muss, um eine Verlagerung der Emissionen zu vermeiden. Zwischen

den Durchschnitten der Jahre 2012–2016 und 2017–2021 sanken die *CO₂-Emissionen im Wohnsektor* (European Environment Agency, Eurostat) der EU um 7 %, im Vergleich zu 20 % in der Schweiz und 30 % in Norwegen. Nur Finnland, Dänemark und Schweden erreichten ähnliche Werte; andere Länder wie Lettland, die Slowakei und Rumänien verzeichneten steigende Emissionen.

Um die Dekarbonisierung des Wohnungsbaus zu beschleunigen, sind sowohl technologische Verbesserungen als auch unterstützende politische Maßnahmen erforderlich – von besserer Dämmung bis zur Digitalisierung der Baubranche. Die Einbindung grüner und sozialer Ziele kann die Wirkung verstärken. Bezahlbarer und nachhaltiger Wohnraum – insbesondere für junge Familien und im Kontext von Homeoffice – ist ein Beispiel für eine katalytische Industriepolitik, die Synergien zwischen ökologischer, technologischer und sozialer Transformation schafft und zugleich die demokratische Legitimität sowie Wettbewerbsfähigkeit der EU stärkt.

3. Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen

Dieser Artikel argumentiert, dass frühere EU-Politiken sich zu eng auf Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit konzentriert haben (siehe auch Draghi, 2024) und dabei breitere Sicherheitsdimensionen – sozial, energiepolitisch, geopolitisch – sowie die Anliegen wirtschaftlich marginalisierter Regionen vernachlässigten. Als Reaktion auf jüngste systemische Krisen wird eine katalytische Industriepolitik (CIP) vorgeschlagen, die grüne, digitale und soziale Ziele durch gezielte Investitionen, öffentliche Legitimität und messbare Ergebnisse in Einklang bringt.

Indikatoren sollten nicht nur einzelne Bereiche (ökologisch, technologisch, demokratisch) abbilden, sondern auch deren wechselseitige Abhängigkeit. Der Essay nennt als mögliche Beispiele jeweils drei Indikatoren pro Bereich.

Ein integriertes Beispiel für CIP ist moderner und nachhaltiger, staatlich geförderter Wohnungsbau, der Homeoffice-Infrastruktur, digitale Teilhabe und Emissionsreduktion unterstützt und so Rückkopplungseffekte über alle drei Politikachsen auslöst. Weitere Beispiele könnten ein EU-weites Hochgeschwindigkeitszugnetzwerk oder ein grünes maritimes Industrieprogramm – ähnlich dem Airbus-Projekt – sein.

Die intellektuelle Wende hin zu einer missionsorientierten Industriepolitik (Mazzucato, 2018) und einem Public-Value-Ansatz ist bereits im Gange, mit wachsen-

der Unterstützung von Think Tanks und internationalen Organisationen. Der benötigte Wandel erfordert Verständnis für institutionelle Koordination, staatliche Handlungsfähigkeit und Konfliktmanagement.

Während die USA mit dem CHIPS and Science Act und dem Inflation Reduction Act begonnen haben, Industriepolitik aktiv zu fördern, fehlt dem EU Green Deal Industrial Plan vergleichbare Finanzierung und Dringlichkeit. Um wirklich katalytisch zu wirken, muss die EU-Politik nicht nur Investitionen steuern, sondern auch breite Nutzenverteilung durch Konditionalitäten sicherstellen – etwa durch Verknüpfung öffentlicher Förderung mit grünen Lieferketten, Arbeitnehmerschutz und Reinvestitionsverpflichtungen.

Laut Gabor (2023) hat vor allem der CHIPS Act es verstanden, etwa durch konkrete Meilensteine bei Bau und Betrieb und vorherige due diligence, nationale Sicherheits-Prioritäten bei der Herstellung von Halbleitern zu verwirklichen. Dies steht im Gegensatz zum aktuell

dominanten *De-Risking*-Modell in der EU und den USA, bei dem lediglich Marktanreize angepasst werden, ohne klare Vorgaben zu setzen.

Damit mutige Industriepolitik gelingt, müssen Rechenschaftspflicht und Lernprozesse Hand in Hand gehen. Unabhängige Institutionen und Lernnetzwerke (Radošević et al., 2023) sind notwendig, um experimentelle Lenkung zu fördern, Risiken zu tolerieren und die *Survival of the Unfittest*-Dynamik bei Großprojekten zu vermeiden (Flyvbjerg, 2014).

Zusammenfassend zielen die vorgeschlagenen Indikatoren und das Rahmenwerk darauf ab, die EU zum globalen Vorreiter in grünen und digitalen Industrien zu machen – mit einer Politik, die nicht nur strategisch, sondern auch demokratisch legitimiert und zukunftsgerichtet ist. Als Umkehrung des EU-Mottos *In Vielfalt geeint* lautet der abschließende Aufruf: *in concordia varietas* – Einheit durch koordinierte Vielfalt in der industriellen Transformation.

Referenzen

- Draghi, M. (2024). *The future of European competitiveness: Part A | A competitiveness strategy for Europe*. Brussels: European Commission.
- Flyvbjerg, B. (2014). What You Should Know About Megaprojects, and Why: An Overview. *Project Management Journal*, 45(2), S. 6–19.
- Gabor, D. (2023). The (European) derisking state. *Società Editrice il Mulino*, 172(1), S. 53–84.
- Holzner, M. (2024). Catalytic Industrial Policy – in concordia varietas. *European Commission Single Market Economics Papers*, Working Paper 17.
- Mazzucato, M. (2018). Mission-oriented innovation policies: challenges and opportunities. *Industrial and Corporate Change*, 27(5), S. 803–815.
- Morelli, M., Nicolò, A. & Roberti, P. (2022). A Commitment Theory of Populism. *CEPR Discussion Paper*, 16051 (2nd version).
- Radošević, S., Kanellou, D. & Tsekouras, G. (2023). The experimentation–accountability trade-off in innovation and industrial policy: are learning networks the solution?. *Science and Public Policy*, 50(4), S. 655–669.
- Rodríguez-Pose, A. (2018). The revenge of the places that don't matter (and what to do about it). *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, 11(1), S. 189–209.
- Sandhu, M. (2020). *The Economics of Belonging: A Radical Plan to Win Back the Left Behind and Achieve Prosperity for All*. Princeton: Princeton University Press.

DOI: 10.2478/wpbl-2025-0020 • WPBl • Heft 2 • 2025 • 86–90
JEL Codes: D63, L16, L52, O13, O14, O15, O18, O25, O32

Catalytic Industrial Policy – *in concordia varietas*

A Catalytic Industrial Policy (CIP) needs to simultaneously advance green, digital, and social goals, in order to be successful. Investments should be strategically directed and broadly beneficial, using tools like conditionalities. Effective CIP requires ongoing monitoring through carefully chosen outcome indicators, especially those that reveal interdependencies across policy areas. A bold example of CIP would be a pan-European investment in sustainable public housing, supporting decarbonisation, digitalisation, and social inclusion – thus legitimising deep structural change.